

## Stellungnahme des Deutschen Bauernverbandes (Februar 1969)

**Legende:** Im Februar 1969 nimmt der Deutsche Bauernverband Stellung zum Memorandum der EG-Kommission zur Reform der Landwirtschaft in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

**Quelle:** Deutscher Bauernverband E.V. Stellungnahme zum Memorandum der EG-Kommission zur Reform der Landwirtschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Bad Godesberg: Februar 1969. p. 1-5.

**Urheberrecht:** (c) Deutscher Bauernverband E.V

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/stellungnahme\\_des\\_deutschen\\_bauernverbandes\\_februar\\_1969-de-d36ce56d-ca87-48c7-b190-e0393d5f31a9.html](http://www.cvce.eu/obj/stellungnahme_des_deutschen_bauernverbandes_februar_1969-de-d36ce56d-ca87-48c7-b190-e0393d5f31a9.html)

**Publication date:** 12/01/2015

## Stellungnahme des Deutschen Bauernverbandes zum Memorandum der EG-Kommission zur Reform der Landwirtschaft in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

### Grundsatzbemerkungen

1. Der Deutsche Bauernverband teilt die mit der Vorlage des Memorandums zur Reform der Landwirtschaft in der EWG von der Kommission zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die bisherige gemeinsame Agrarpolitik keine Lösung der schwierigen Probleme der Landwirtschaft in der modernen Industriegesellschaft gebracht hat. Auch er ist der Auffassung, daß nur ein geschlossenes Konzept zu der notwendigen Besserung der Lage der Landwirtschaft führen kann. Ein solches Gesamtkonzept stellt das Memorandum jedoch – trotz seines Umfangs – nicht dar. Es ist teilweise in sich widerspruchsvoll, nicht abgewogen und enthält weder Vorschläge über die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen im gemeinsamen Agrarmarkt, noch sind die engen Sachzusammenhänge zwischen der Agrarpolitik und den Bereichen der allgemeinen Wirtschafts-, Handels- und Verkehrspolitik genügend berücksichtigt.

Trotz der durch die vorzeitige Veröffentlichung von Teilvorschlägen mit gezielter Schockwirkung entstandenen schweren psychologischen Belastung ist der Deutsche Bauernverband bereit, das Memorandum als einen Beitrag zur Diskussion der schwierigen Agrarfragen anzusehen. Dies setzt voraus, daß die Kommission tatsächlich willens ist, aufgrund eines umfassenden sorgfältigen Meinungs-austausches – insbesondere auch mit den Organisationen der „Betroffenen“ – ihren bisherigen Standpunkt zu überprüfen und ein Konzept zu entwickeln, das der sozialen Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung und den realen Möglichkeiten der Entwicklung einer fortschrittlichen bäuerlichen Landwirtschaft Rechnung trägt. Der Deutsche Bauernverband hat bereits im Jahre 1968 durch die Vorlage seiner „Leitsätze zur Strukturpolitik“ hierzu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

2. Der Deutsche Bauernverband ist mit der Kommission der Auffassung, daß die Herstellung des Marktgleichgewichts bei den Erzeugnissen, bei denen Überschüsse entstanden sind und entstehen, die vordringliche und schwierigste Aufgabe der Agrarpolitik ist. Die Kommission glaubt, die Aufgaben in ihrem Programm „Landwirtschaft 1980“ durch die Kombination einer Strategie jährlicher Preissenkungen mit einem revolutionären Umbau der Produktionsstruktur lösen zu können. Dabei soll diese Strukturrevolution dadurch vorangetrieben werden, daß ab 1975 nur noch diejenigen Betriebe Förderungsmittel erhalten sollen, die den extremen Betriebsgrößenvorstellungen der Kommission entsprechen.

Eine solche Kombination von Preissenkungs- und Strukturpolitik, die zu einer Zerstörung der selbständigen bäuerlichen Landwirtschaft führen würde, wird vom Deutschen Bauernverband mit aller Entschiedenheit abgelehnt und bekämpft werden.

Er setzt ihr das in den „Leitsätzen zur Strukturpolitik“ entwickelte eigene Konzept entgegen, das kombinierte Vorschläge für eine aktive Preispolitik und einen organischen, die Menschen berücksichtigenden Strukturwandel enthält.

Das Konzept der Kommission verstößt zudem in eklatanter Weise gegen den von ihr selbst immer wieder betonten Grundsatz der Freiwilligkeit.

Auch ihre eigenen Zweifel an der Wirksamkeit des Konzepts zur Herstellung des Marktgleichgewichts sind nur zu berechtigt. Die neue Preissenkungsstrategie wird aller Erfahrung nach zu keiner Senkung der Verbraucherpreise und damit auch zu keinem nennenswerten Anstieg der Nachfrage führen, zumal diese ohnehin weitgehend unelastisch ist. Die Produktion wird dadurch nicht gedrosselt, sondern die Landwirte werden zumindest über einen längeren Zeitraum versuchen, ihr Einkommen durch Produktionssteigerung zu halten. Nicht eine Verbesserung, eine Verschärfung der Krisenlage würde die Folge sein.

Die Überschußprobleme bei Weichweizen, Zuckerrüben, Milch und Milcherzeugnisse können und müssen auf andere Weise gelöst werden. Die Überschüsse bei Weichweizen können angesichts des großen Importbedarfs an Futtergetreide durch eine Heranziehung des Futtergetreidepreises an den Weizenpreis, bei

Zucker durch eine Verminderung der Quoten für Zuckerrüben außerhalb der Grundquote – ohne Preissenkung – im Rahmen der geltenden Marktorganisationen beseitigt werden.

Die Überschußprobleme des Milchmarktes können nur durch eine Kombination von Maßnahmen, nämlich durch Steigerung des Absatzes, durch eine Mengenregulierung und durch die von der Kommission vorgeschlagene Belastung der tierischen und pflanzlichen Fettstoffe, Ölkuchen und deren Konkurrenzprodukte mit einer Abgabe einer Lösung zugeführt werden.

3. Eine Verbesserung der Lage der Landwirtschaft durch strukturpolitische Maßnahmen setzt eine Preispolitik voraus, die eine Eigenkapitalbildung als Voraussetzung für eine Strukturpolitik möglich macht. Ein langfristiges Agrarkonzept kann – wenn der Strukturwandel ohne schwere soziale Krisen bewältigt werden soll – nicht verwirklicht werden, wenn es mit Preissenkungen verbunden ist, wie sie die EG-Kommission für 1969/70 vorschlägt. Ebenso wenig ist ein Festhalten der Agrarpreise bei steigenden Kosten akzeptabel.

Der Deutsche Bauernverband protestiert mit aller Schärfe gegen die Preisvorschläge der Kommission, umso mehr, als die vorgelegten Zahlen beweisen, daß die Preisvorschläge weder der sozialen Frage der Landwirtschaft noch den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten Rechnung tragen.

4. Der Deutsche Bauernverband verkennt nicht, daß die Markt- und Preispolitik allein nicht ausreicht, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Landwirtschaft in dem erforderlichen Umfang zu verbessern. Es ist jedoch absolut verfehlt anzunehmen, daß allein ein Umbau der Produktionsstruktur die Verbesserung der schwierigen Lage der Landwirtschaft herbeiführen kann.

5. Der Deutsche Bauernverband lehnt daher die Betriebsstrukturvorstellungen des EWG-Memorandums ab. Sie sind wirtschaftlich nicht notwendig und gesellschaftspolitisch gefährlich. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, deren erklärtes Ziel es ist, in großem Umfang neues breit gestreutes Eigentum zu schaffen, würde ungläubwürdig, wenn sie nicht alles tut, um das breit gestreute landwirtschaftliche Eigentum zu erhalten.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß zu weiteren Einkommenssteigerungen in der Landwirtschaft auch eine weitere Produktivitätssteigerung je eingesetzter Arbeitsstunde erforderlich ist.

Diese Produktivitätssteigerung kann entweder durch Übergang zum Zu- oder Nebenerwerb, durch Verminderung des Arbeitskräftebestandes oder durch Aufstockung vollzogen werden. Alle diese Wege können durch überbetriebliche Zusammenarbeit in allen Formen unterstützt werden.

6. Das Memorandum der EG-Kommission bestätigt, daß ohne wirksame Regionalpolitik die Agrarprobleme nicht zu lösen sind. Der deutsche Bauernverband wiederholt daher nachdrücklich seine Forderung nach entsprechender Aktivität der Bundesregierung.

7. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen im sozialen Bereich werden begrüßt. Sie werden jedoch wirkungslos bleiben, wenn diese Förderung nur denjenigen gewährt wird, die ihre Flächen zur Bildung der von der Kommission vorgeschlagenen Betriebsformen zur Verfügung stellen. Es wird erwartet, daß der Ministerrat die entsprechenden Richtlinien verabschiedet und gleichzeitig die Finanzierung dieser Maßnahmen sichergestellt wird.

8. Die Verwirklichung der Pläne der Kommission würde ganz erhebliche Mehrausgaben erfordern. Aus den im Memorandum genannten Zahlen ergibt sich, daß mit einem jährlichen Mehraufwand von 20 Mia DM gerechnet wird. Es fragt sich daher, ob nicht unter Berücksichtigung der strukturellen Gegebenheiten andere Konzeptionen mit geringerem Aufwand, höherem Effekt und größerer Zustimmung der Landwirte zu verwirklichen wären. Bedenkt man die Haushaltslage der Mitgliedsländer, so wird klar, daß die angesetzten Summen nicht aufgebracht werden können.

Im übrigen wird sich zeigen, daß das Leben vielgestaltiger ist, als es sich die Modellrechner der

Kommission träumen lassen. Ein Versuch, die Landwirtschaft nach einem Schema über den Leisten zu schlagen, ohne die menschlichen und wirtschaftlichen Realitäten genügend in Rechnung zu stellen, würde zum Scheitern verurteilt sein. Ein wirklichkeitsnahes Agrarkonzept ist erforderlich, um die Probleme der Landwirtschaft zu lösen. Vordringliche Aufgaben, die keinen Aufschub dulden, sind dabei die Herstellung des Marktgleichgewichtes, eine aktive Preispolitik und die Schaffung von genügend gewerblichen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

[...]